Jetzt aufstehen und mitmachen! #zusammenHaltNÖ

Eine unabhängige Initiative für Menschenrechte, Solidarität und Demokratie

Impressionen NÖ Landtagssitzung 25.01.2024

Unter dem Motto **#zusammenHaltNÖ is watching you** nahmen auch diesmal wieder #zusammen-HaltNÖ-Beobachter*innen an der Landtagssitzung teil und erstellten diesen Bericht.

Eindrücke der #zusammenHaltNÖ-Beobachter*innen

Was uns diesmal aufgefallen ist:

Selbst sinnvolle Anträge (NEOS: NÖ Kältetelefon, NEOS&Grüne: „Klimawandel-Anpassungsstrategie in NÖ“), werden von den Regierungsparteien VP-FPNÖ abgeschmettert und kommen gar nicht auf die Tagesordnung. Warum? Weil sie von der Opposition stammen? Aus Empathielosigkeit? Aus sonstigen Gründen?

Empathielosigkeit blitzt auch auf, als die Regierungsparteien den Antrag bezüglich 24-Stundenpflege ablehnen (siehe TO-Punkt 5)

Zukunftsvergessenheit und wenig Weitblick sind erkennbar, als der Antrag, das Schüler*innenparlament in der NÖ LGO/Landesgeschäftsordnung gesetzlich zu verankern, von der VP-FP-Koalition abgeschmettert wird

Mangelnde Ernsthaftigkeit so mancher Mandatar*innen irritiert uns immer wieder:

- zeitweise vermittelt der Landtagssaal mehr Stammtisch-Atmosphäre, als seriöse Sitzungsatmosphäre. Es wird oft wenig zugehört und ziemlich ungeniert getratscht. Manche NÖ LT-Abgeordneten müssen entweder ausgewiesene Multi-Tasker sein, oder sich während der Sitzung sehr langweilen. Vielleicht sind die Mandatar*innen nicht motiviert, weil auf Grund des Klubzwangs ja ohnehin klar ist, wie sie abzustimmen haben? Jedenfalls sehr unerfreulich und zeigt mangelnde Wertschätzung für die Kolleg*innen im Landtag.
- Einige Abgeordnete kommen und gehen fast im Halbstundentakt; zeitweise ist der Sitzungssaal halb leer.
- Landeshauptfrau Mikl - Leitner ist von 13:15 - 14:15 anwesend. Sie erweckt den Eindruck, dass das, was diskutiert wird, für sie nicht relevant ist. Sie arbeitet ihre mitgebrachten Unterlagen ab bzw. hat man den Eindruck, dass ihre Anwesenheit von einigen Abgeordneten genutzt wird, um eine kleine Sprech-stunde während der Sitzung abzuhalten.

Wir von #zusammenHaltNÖ meinen:

Landtagsabgeordnete verdienen genug (€7.500 brutto*), sodass ihnen zumutbar ist, EINMAL pro Monat einige Stunden lang aufmerksam den Redebeiträgen ihrer Landtagskolleg*innen zuzuhören.

*Politikergehälter in Österreich 2024 - Einkommen auf Bundes- & Landesebene (finanz.at)

Ausgewählte Tagesordnungspunkte und Kommentare

TO-Punkt 02: Aktuelle Stunde zum Thema „Sicherheit und Stabilität in herausfordernden Zeiten: Investitionen des Landes sichern Arbeitsplätze und den NÖ Wirtschaftsstandort“

Gleich zu Beginn der *Aktuellen Stunde* lobt ***Abg. Christoph Kaufmann/VP*** die großartigen Investitionen des Landes NÖ für Sicherheit und Stabilität des

Wirtschaftsstandortes, indem das Land großzügig ca. € 1 Mrd. in Wohnbau, Gesundheitswesen, Bildungsinstitutionen und Breitband investiert. Laut seinen Ausführungen sollte diese für das Budget 24/25 geplante Summe in weiterer Folge Investitionen von € 3,4 Mrd. auslösen, Sicherheit und Stabilität für NÖ bringen und folgert dann selbstzufrieden: „*Das ist erfolgreiche Wirtschaftspolitik Marke NÖ!“*
Nur leider schaut die so vollmundig vorgetragene Sicherheit und Stabilität des NÖ Wirtschaftsstandortes etwas anders aus.
Abg. Franz Schnabl/SP verweist gleich danach auf diverse Wirtschaftsflops der ÖVP, wie auf den ecoplus Gewerbepark in Marchegg und natürlich auf die BENKO Pleite. Aufgrund der enormen Verschuldung des Landes NÖ mit € 9,4 Mrd. zweifelt Abg.Schnabl den Investitionsspielraum der NÖ Landesregierung massiv an. Weiters kritisiert der Abgeordnete die Untätigkeit des Landes bei den überhöhten Strompreisen, obwohl der Gaspreis jetzt schon wieder niedriger ist als vor der Krise.

Mit dem Hinweis auf die seinerzeitige *Strompreiskommission* (vor 20 Jahren abgeschafft!), fordert er die ÖVP auf, auch im Hinblick auf die extrem hohe Inflation, endlich bei Wohnen und Energie regulierend einzugreifen.
Abg. Schnabl beklagt die lächerlichen € 22 Mio., die für die Sicherung des Wirtschafts-standortes NÖ budgetiert sind. In Abwandlung des Spruchs vom Wohlergehen der Wirtschaft, meint er abschließend, dass es der Wirtschaft nur dann gut gehe, wenn es allen gut geht.

Für ***Abg. Indra Collini/NEOS*** sind die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der NÖ Landesregierung reine Kosmetik. In ihren Augen lösen Bauvorhaben und Förder-programme keine Strukturprobleme. Und die seien in NÖ mehr als virulent, denn vielen Betrieben stehe laut Collini das Wasser bis zum Hals und die Firmenpleiten steigen seit 2023 kontinuierlich.

Zur Illustration einige Beispiele gefährdeter Arbeitsplätze bzw. Entlassungen in niederösterreichischen Betrieben (zusammengestellt von#zHNÖ):

600 Entlassungen bei ZKW/ Wieselburg – Globalisierung/Abwanderung nach Mexiko
500 Arbeitsplätze bei Fa. BRUCHA/ Michelhausen – Insolvenz
200 Arbeitsplätze bei Fa. MGG/ Herzogenburg – Insolvenz
400 Arbeitsplätze bei Fa. ENGEL/ St. Valentin (obwohl 12/2023: „Fabrik des Jahres“)
87 Arbeitsplätze bei LA PURA-Gesundheitsresort/Gars am Kamp - Insolvenz

Abg. Collini entlarvt die NÖ Wirtschaftspolitik als *„Wirtshauspolitik*“, wo unter anderem auch *„Schnitzelprämie“, „Gender“ - und „Normal“ -Debatte* für das schlechte Abschneiden des Wirtschaftsstandortes NÖ im Österreich-Ranking verantwortlich seien: Vergleicht man die Kaufkraft in NÖ (Median-Einkommen), bereinigt um den „Speckgürtel“ um Wien, liegt NÖ gerade vor dem Burgenland auf Platz 8, ebenso beim Brutto-Regional-Produkt. Und beim EU-Ranking der wettbewerbsfähigen Regionen liegt NÖ gar nur auf Platz 33.

Abg. Collini verweist daher die Ausführungen von Abg. Kaufmann/VP mit NÖ als florierendem Wirtschaftsstandort in den Bereich der Schönfärberei und zeigt drei gravierende Schwachstellen auf:

1) Imageproblem durch die zahlreichen Korruptionsskandale
2) Arbeitskräftemangel und Steuerlast behindern internationale Betriebsansiedlungen
3) Hürden für notwendige Arbeitsmigration

Aber gerade eine vernünftige Arbeitsmigration erscheint laut Abg. Collini mit dem aktuellen Koalitionspartner der ÖVP unmöglich:
„Wer Standortsicherung will, hüpft auch nicht den Festungsfanatikern auf Schritt und Tritt hinterher“, meint Abg. Collini und geißelt die Schengen-Veto-Politik von ÖVP-Innenminister Karner zum Schaden der österreichischen Wirtschaft, wo in der Pflege, in der Landwirtschaft, im Tourismus, am Bau auch durch diese vordergründige Abschottungspolitik Arbeitskräfte fehlen.

In diesem Zusammenhang fordert die NEOS-Abgeordnete auch eine Reform der unnötig komplizierten ROT-WEISS-ROT-Card.

Für ***Abg. Ecker/GRÜNE*** ist es ein Skandal, dass wir weiterhin um € 22 Mrd. fossile Brennstoffe verheizen und damit aber v. a. auch das Überleben autokratischer Regime „befeuern“.
Laut dem Abgeordneten beklagen 82 % der Firmen den Fachkräftemangel.
Mit einem Seitenhieb auf die „Wirtschaftspartei“ ÖVP meint Ecker, in einer Koalition mit einer menschenverachtenden und einer die Interessen von NÖ schädigenden Partei, wird man keine IT-Spezialisten, keine Top-Ingenieure oder internationale Wirtschaftsbetriebe nach NÖ locken können und plädiert für eine Beendigung dieser Koalition, um den Wirtschaftsstandort wieder attraktiver zu machen.

Abg. Pfister/SP beklagt die hohen Arbeitslosenzahlen in einigen NÖ Bezirken, ebenso die 2023 massiv gestiegenen Insolvenzen (von 900 auf 1100) und verweist auf erfolgreiche Projekte zur Senkung der Arbeitslosigkeit (z.B. Marienthal-Pilotprojekt) und empfiehlt die Wiederbelebung bewährter Projekte aus der nahen Vergangenheit. Und in Richtung FP, die sich gern für den „kleinen Mann“ stark macht, ruft der SP-Abgeordnete in Erinnerung, dass es gerade die schwarz-blaue Koalition war, die den 12h-Tag und die 60-Stundenwoche einführte.

Den eher pessimistischen Ausblick auf die NÖ Wirtschaft durch Abg. Schnabl versucht **Abg. Sommer/FP** damit zu erklären, dass

> *„…von Seiten der Europäischen Union und von der Grünen Ministerin für Wirtschafts- und Wohlstandszerstörung Leonore Gewessler unser Wirtschafts-standort unter dem Deckmantel des Klimaschutzes bewusst gegen die Wand gefahren wird“.*

Im Weiteren ergeht sich der FP-Abgeordnete in jedem zweiten Satz in Lobeshymnen auf Verkehrslandesrat Udo Landbauer, der durch sein vehementes Eintreten für die Finanzierung von Straßenbauprojekten (S 1, S 8, S 34) im Ausmaß von € 93 Mio. entscheidend zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes beitrage. Dies sei v. a. für Pendler und die Transportwirtschaft wichtig.

Abg. Erber/VP gibt sich in seiner Wortmeldung über Arbeitslosenzahlen und Sozialhilfeempfänger wieder einmal hemmungslos dem leidigen Wien-Bashing als Entgegnung auf die kritischen Aussagen von Abg. Schnabl/SP zum Thema Wirtschaftsstandort NÖ hin. Und zum Abschluss seines Rundumschlages spricht er den „Pinken“ indirekt auch noch ihre Wirtschaftskompetenz ab.

TO-Punkt 04: Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Umweltanwaltschaft, Tätigkeitsbericht 2022

Der NÖ Landtag nimmt den Bericht der Landesregierung betreffend „NÖ Umweltanwaltschaft, Tätigkeitsbericht für das Kalenderjahr 2022“ einstimmig zur Kenntnis.

Abg. Edith Kollermann/NEOS lobt den Bericht der NÖ Umweltbundesanwaltschaft, aber kritisiert, dass ihn die ÖVP zwar zur Kenntnis nimmt, es jedoch an den notwendigen Umsetzungsmaßnahmen fehlt.

So weist sie auf die vom Umweltanwalt genannten drei wichtigsten Ziele für den NÖ Natur- und Umweltschutz hin:

- eine umfassende Klimawandelanpassungsstrategie (siehe Bericht S. 20)
- eine niederösterreichweite naturschutzfachliche Kartierung (siehe Bericht S.17)
- die Schaffung von Flächenagenturen (siehe Bericht S.15)

Weiters weist Abg. Kollermann auf eine wiederholte Forderung der NEOS hin, Wirtschaft und Umwelt zu verbinden, weil das eine ohne das andere nicht funktioniere. Sie bringt schließlich einen **Resolutionsantrag betreffend Umsetzung der Empfehlungen der Umweltanwaltschaft** ein, der aber später mit den Stimmen der VP-FP-Koalition abgelehnt wird.

Schließlich hat sie einen Vorschlag an den Leiter der „NÖ Umweltanwaltschaft“, Mag. Hansmann, er möge seine Entscheidung überdenken, wegen der besseren Lesbarkeit des Berichts das generische Maskulinum zu verwenden und die weibliche Form mitzumeinen. Abg. Kollermann schlägt vor, es wäre an der Zeit, die weibliche Form zu verwenden und die männliche mitzumeinen. Es heiße ja schließlich „DER Stillstand“ und „DIE Bewegung“.

Auch ***Abg.Helga Krismer/Grüne*** lobt den versierten Bericht und dankt der NÖ Umwelt-anwaltschaft. Sie geht auf den Kompensationsflächen-Kataster näher ein, der Ende 2023 fertiggestellt wurde. Er sieht Ersatz-und Ausgleichsflächen vor.

Was sie aber kritisiert, ist die Tatsache, dass in NÖ eine Klimawandel-Anpassungsstrategie nicht im nötigen Ausmaß vorhanden sei. NÖ liege über dem 2-Grad-Ziel, Hitze und Dürre im Sommer seien eine Belastung. Sie freue sich auf die Ausschuss-Diskussionen solch einer Strategie. Aber es sei z.B. eine falsche Lösung, Monokulturen von Hybridpappeln zu pflanzen, wo Eschen und Ulmen der Klimakrise nicht mehr standhalten können. Dies sei mit Naturschutz in Natura 2000-Gebieten, in denen es Biodiversität geben sollte, nicht vereinbar. Sie kritisiert diese Handlungsweise scharf, dankt aber allen Einzelpersonen und Initiativen, die die Natur bewahren wollen und sich dafür intensiv engagieren.

Abg. Kerstin Suchan-Mayr/SP dankt der Umweltanwaltschaft für den Bericht und stellt fest, dass zur besseren Organisation von zusammenhängenden Kompensationsflächen eine Flächenagentur des Landes NÖ sinnvoll wäre. Sie weist auch auf die Sinnhaftigkeit von Klimaanpassungsstrategien hin und nennt ihre Gemeinde St. Valentin als positives Beispiel. Dort gebe es bereits eine „Klimaoase“ mit hitzebeständigen Pflanzen, Sitzgelegenheiten, schattenspendenden Bäumen, einen direkten Zugang zum Bach und ein Wasserspiel. All dies werde von der Bevölkerung sehr gut angenommen.

Abg. Alexander Schnabel/FP sagt, für seine Partei bedeute Umweltschutz Heimatschutz und sie unterstütze daher auch sinnvolle Maßnahmen, wie z.B. Mülltrennung oder das Bilden von Fahrgemeinschaften.
Umweltschutz müsse aber sanft und nicht mit der Brechstange vor sich gehen. Seine Partei sei aber nicht bei der „links-linken“ Klimahysterie der Grünen dabei. Und er behauptet, die Grünen in der Bundesregierung würden unter dem Deckmantel des Klimaschutzes die heimische Wirtschaft und Gesellschaft an die Wand fahren.

Weiters behauptet er, man könne die Umwelt, aber nicht das Klima schützen, denn das Klima kenne keine Grenzen. Und dann kommen die üblichen Argumente von Klimaschutz-Gegnern, dass der österreichische CO2 -Ausstoß verglichen mit den großen C02-Verursachern China, USA und Indien vernachlässigbar sei.

Wie so oft bei FP-Mandataren schießt sich Herr Schnabel in emotionalem Ton auf die Bundes-Grünen ein, wirft ihnen Klimaterror vor und dass sie die österreichischen Staatbürger schikanieren würden. Natürlich kann er sich auch nicht einen Seitenhieb auf die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung verkneifen und wütet in einem Rundumschlag gegen CO2-Steuer, die Schaffung von Ausgleichsflächen und die von der EU beschlossenen Renaturierungsmaßnahmen.
Weiters ist es offenbar seiner Meinung nach die Schuld der Grünen, dass die voestalpine Hochöfen nun mit Strom betreibt.

Wir von #zusammenHaltNÖ stellen fest:
Offensichtlich hat der Herr Abgeordnete nicht mitbekommen, dass internationale Konzerne wie die voestalpine längst weit innovativer sind, als so manche (FP-)Politiker. Bereits 2019 plante der Betrieb die Investition von € 1 Mrd. in Elektro-Öfen.

Im März des Vorjahres beschloss der Aufsichtsrat einstimmig weitere €1,5 Mrd. im Rahmen eines Dekarbonisierungsplanes und um auf dem sich rasch entwickelnden Weltmarkt für „grünen Stahl“ rechtzeitig präsent zu sein.

Solche Informationen scheinen Abg. Schnabel entgangen zu sein. Daher unser Rat: informieren Sie sich, Herr Abgeordneter, anstatt Grünen-Bashing zu betreiben oder im NÖ Landtag für einen freiheitlichen Bundeskanzler zu agitieren! In österreichischen Tageszeitungen finden Sie solche relevanten Berichte. Und auch von Schüler*innen-parlamenten könnten Sie einiges lernen, z.B. dass Klimaschutz nicht bei Mülltrennung u.Ä. aufhören darf.

Quelle:
https://www.diepresse.com/5718478/voestalpine-will-eine-milliarde-euro-in-elektro-oefen-investieren
https://www.diepresse.com/6266610/voestalpine-investiert-15-milliarden-euro-in-elektrooefen
https://www.krone.at/2961393
https://lsvwien.at/wp-content/uploads/2024/01/2.SiP-Antragsmappe-16.1.pdf (Antrag 26)

Foto: pixabay

Frage von #zusammenHaltNÖ an die ÖVP: was hat Sie bewogen, den Bericht der NÖ Umweltanwaltschaft in höchsten Tönen zu loben und ihn auch zur Kenntnis zu nehmen, aber den Resolutionsantrag der NEOS abzulehnen? Welche Logik steckt dahinter? Ist es ein Justamentstandpunkt, weil der Antrag von der Opposition kam oder ein Zugeständnis an den Koalitionspartner FP, der ja immer wieder Klimaschutz als „Klimahysterie“ und „Klimaterror“ diffamiert? Wir ersuchen dringend um Aufklärung.

Als Abschlussredner spricht zu diesem TO-Punkt ***Abg. Josef Edlinger/VP***, Obmann des Umwelt-Ausschusses, und wirkt kompetent, sachlich und gelassen.
Er merkt an, dass für das Erstellen einer Klimawandel-Anpassungsstrategie die nationale Grundlage fehle. Auch auf Österreich-Ebene gebe es solch ein Papier noch nicht.

Mit dem NÖ **Klima-und Energiefahrplan 2030** seien viele Maßnahmen bereits benannt und auch umgesetzt worden, z.B. Wassermanagement, bei dem Trinkwasserleitungen vernetzt werden, oder Raumordnungs-, Entsiegelungs- oder Hochwasserschutzmaßnahmen.

So wie Abg.Krismer fordert Abg. Edlinger/VP eine Gesetzesänderung bezüglich Baumhaftung. Es sei nicht möglich, dass Bäume mit Gebäuden gleichgesetzt seien und hier eine gleiche Haftung bestünde. In diesem Zusammenhang kritisiert der Abgeordnete, dass es aus dem Justizministerium der Ministerin Zadic einen Entwurf aus 2021 gebe, der bis heute nicht in die Begutachtung gegangen sei.

Auch im Land NÖ gebe es die Notwendigkeit für Gesetzes- und Verordnungs-veränderungen, z.B. die Verordnung bezüglich des Verbrennens biogener Abfälle, um die Ausbreitung von Neophyten, wie z.B. den Staudenknöterich zu verhindern.

Abgeordneter Edlinger zählt die zahlreichen weiteren Tätigkeitsbereiche der Umweltanwaltschaft auf und bedankt sich abschließend bei Umweltanwalt Mag. Hansmann und seinem Team für ihre Arbeit.

TO-Punkt 05: Vorlage betreffend Änderung der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zw. Bund und den Ländern über die gemeinsame Förderung der 24-Betreuung

Bei diesem TO-Punkt geht es um die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die gemeinsame Förderung der 24-Stunden-Betreuung als Teil des Finanzausgleiches 2024 bis 2028.

Alle Landtagsfraktionen stimmen dem Antrag bezüglich der Anhebung der Förderungen zu und sind sich einig, dass eine gute häusliche Betreuung gewährleistet sein muss. Trotzdem werden bei Detailfragen unterschiedliche Standpunkte sichtbar.

So stellt ***Abg. Edith Kollermann/NEOS*** fest, dass bei den Förderungen eine Berücksichtigung des Vermögens sinnvoll gewesen wäre. Weiters erwähnt sie, die nötige Qualifikation von Betreuungspersonen und die eventuell notwendige Unterstützung, aber auch die notwendige soziale Absicherung der Betreuungspersonen.

Abg. Silvia Moser/Grüne dankt sowohl Minister Rauch, der in letzter Zeit für zahlreiche Verbesserungen in diesem Bereich gesorgt habe, als auch dem Betreuungspersonal, durch die das System aufrechterhalten werde. Sie weist allerdings auch auf die Problematik hin, dass gelegentlich bis zu drei Personen von einer Betreuerin in einem Haushalt versorgt werden können. Dies sei bei Personen mit höheren Pflegestufen oder Demenz unmöglich. In solchen Fällen handle es sich um Pflegeplätze, die laut NÖ Pflegeheimverordnung auch einer Kontrolle unterliegen.

Auch ***Abg. Karin Scheele/SP*** und ***Abg. Edith Mühlberghuber/FP*** unterstützen den Antrag. Abg. Scheele erinnert daran, dass die Arbeitsbedingungen und Bezahlung wesentlich dafür seien, ob genügend selbständige Betreuungs- und Pflegekräfte zu finden seien und stellt fest, dass öffentliche Dienstleistungen wie Bildung oder Gesundheit frei zugänglich und leistbar sein müssen.

Abg. Anton Erber/VP lässt die Entwicklung der Betreuungsangebote durch ausländische 24h-Betreuer*innen Revue passieren. Er lehnt die Behauptung, hier handle es sich um Scheinselbständigkeit, vehement ab und weist außerdem darauf hin, dass die finanzielle Förderung im Grunde die Refundierung der Sozialversicherungs-kosten sei.

In weiterer Folge skizziert er die weiteren Möglichkeiten für Betreuungsbedürftige außerhalb der 24-Stunden-Betreuung zuhause, die von betreuten Seniorenwohn-gemeinschaften bis hin zur Betreuung in einem Pflegeheim reiche.

Je länger Abg. Erber redet, umso mehr steigert er sich in eine Lobhudelei des NÖ Modells hinein, „das in unserem Bundesland erfunden worden ist“ und auf das man gefälligst stolz sein möge.

Er wird zunehmend emotionaler, und verfällt immer mehr in breiten Mostviertler Dialekt und polemische Diktion. Ob das der Würde des „Hohen Hauses“ gerecht wird?

Zu der von anderen Abgeordneten angedeuteten Ausbeutung von Betreuungskräften entgegnet er im Brustton der Überzeugung, es werde ja niemand gezwungen, als 24h-Betreuer*in in Österreich zu arbeiten, ebenso wenig, wie ein polnischer Installateur gezwungen werde, hier seine Arbeitskraft um einige Euro billiger als andere anzubieten.

#zusammenHaltNÖ meint: Das ist empathielos und zynisch. Herr Erber sollte wissen, dass es gerade in Betreuung und Pflege einen eklatanten Arbeitskräftemangel gibt. Und er sollte wissen, dass 24h-Betreuer*innen aus europäischen Niedriglohn-Ländern wie Slowakei, Polen oder Rumänien oft nur deshalb im Ausland arbeiten, um ihre Familien ernähren zu können und ihren Kindern bessere Ausbildungsmöglichkeiten und dadurch bessere Berufschancen bieten zu können.

Trotz der durchschnittlich weit höheren Jahreseinkommen in Österreich als in ihren Herkunftsländern bleibt der errechnete Stundenlohn einer „selbständigen“ 24h-Betreuerin erschreckend niedrig (siehe IG24-Dok => Punkt 1.4). Ihre Arbeitsbedingungen sind manchmal erbärmlich, aber das alles scheint den „Menschenfreund“ Abg. Erber nicht zu stören.

Wir von #zusammenHaltNÖ schlagen vor: Abg. Erber möge sich mit der **IG24, der „Interessensgemeinschaft der 24h-Betreuer*innen“** in Verbindung setzen, um einen Eindruck von deren Lebens- und Arbeitsrealität zu gewinnen. Derzeit scheint er davon keine blasse Ahnung zu haben.

Dieser Mangel an Sachverständnis hat auch ***Abg. Silvia Moser/Grüne*** schwerstens irritiert. Sie meldet sich nochmals zu Wort, erklärt Erber, dass 24h-Betreuung Schwerarbeit ist und warum das Leben in Wohngemeinschaften mit 24h-Betreuer*innen für Menschen mit hohem Pflegebedarf und/oder Demenz nicht machbar ist. Mit deutlichen Worten argumentiert sie, dass in solchen Fällen nur eine Unterbringung in Pflegeheimen mit einer regelmäßigen Qualitätskontrolle durch die Kontrollinstanzen des Landes NÖ unabdingbar sei.

Wissen hilft, Herr Abg. Erber!

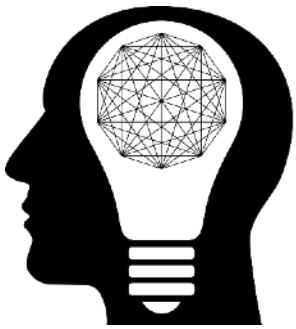

Bild: pixabay

TO-Punkt 07: Antrag betreffend Änderung der Geschäftsordnung – LGO 2001 (Gesetzl. Verankerung des NÖ Schüler*innenparlaments)

Abg. Hofer-Gruber/NEOS stellt fest, dass es ein Privileg sei, mitreden zu dürfen. Dies war eine Formulierung in Antragsmappen von Schüler*innen, die diese 2022 an NÖ LT-Abgeordnete übergaben und in der sie die Verankerung des Schüler*innenparlaments forderten. Allerdings wird den NÖ Schüler*innen dieses „Privileg“ bis heute verwehrt.
Die NEOS hätten zahlreiche Anträge eingebracht, weil sie der Meinung sind, was auf Bundesebene und in anderen Bundesländern wie Tirol, OÖ oder Wien möglich ist, müsse auch in NÖ möglich sein. Anträge und Abstimmungsergebnisse von Schüler*innen-Parlamenten sollten im Bildungsausschuss des NÖ-Landtags diskutiert werden. Dies wurde von der ÖVP immer abgelehnt.
Da es aber beim Schüler*innenparlament um bildungs-und schulspezifische Themen und Anträge gehe, seien hier Schüler*innen möglicherweise die besseren Expert*innen als die Abgeordneten.

Abg. Hofer-Gruber verliest dann ein zustimmendes **Zitat aus einer Rede von *Abg. Marlene Zeidler-Beck/VP /*Minute 2:23**), die sie 2018 im Bundesrat hielt, als die bundesweite gesetzliche Verankerung von Schüler*innenparlamenten diskutiert und abgestimmt wurde.
Wie Abg. Hofer-Gruber richtig vermutet, stimmt diese Abgeordnete später – ohne sich vorher noch zu Wort zu melden und ihre Meinungsänderung zu erklären - mit der VP-FP-Koalition GEGEN eine gesetzliche Verankerung des Schülerparlaments in NÖ.

Wir von #zHNÖ sind ratlos und fragen:
Gewinn neuer Erkenntnisse in den vergangenen sechs Jahren, Frau Abgeordnete? Opportunismus und Wendehals-Politik? Klubzwang?

Abg. Georg Ecker/Grüne plädiert ebenfalls für eine gesetzliche Verankerung des Schüler*innenparlaments, denn er ist über das hohe inhaltliche Niveau der Diskussionen, denen er bereits beigewohnt hat, und den danach formulierten Anträgen sehr beeindruckt. Er meint, diese Parlamente wären wichtig, denn dann wüssten die Politiker*innen, welche Probleme die jungen Menschen heute im Schul-und Bildungsbereich hätten und dies wäre für Bildungspolitiker*innen wichtig, um Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Deshalb verstehe er nicht, wieso man sich so gegen eine gesetzliche Verankerung wehre.
Abg. Ecker zeigt weiters eine weitere Merkwürdigkeit auf und liest dazu ein Zitat der FP vor **(Video Minute 2:50)**: 2020 hätte die FP im Ausschuss DAFÜR gestimmt. Und obwohl zahlreiche der damaligen Abgeordneten auch heute noch im Landtag sitzen, stimmten sie jetzt geschlossen mit der VP DAGEGEN. ***#zHNÖ meint:*** Absurdistan lässt grüßen!

Abg. Ecker stellt fest, eine Verankerung in der LGO/Landesgeschäftsordnung würde zeigen, dass die informellen Gespräche zwischen Landesschüler*innen-Vertretung, Landtag und Bildungsdirektion auf eine andere Ebene gehoben und wirklich ernst genommen würden.

Abg. Elvira Schmidt/SP bemerkt, dass von der Jugend gelebte Demokratie erwartet werde und auch erwünscht sei, und daher die nötige Wertschätzung verdiene. Während beim letzten Schüler*innenparlament außer ihr nur Koll. Ecker/Grüne und Koll. Gersten-mayer/FP anwesend waren, wurde niemand von der VP, der größten LT-Fraktion, gesichtet.

Sie hält fest, dass in der Vergangenheit die VP-Abg. Margit Göll, die jetzige Bundesrats-vorsitzende, bei JEDEM Schüler*innenparlament anwesend war.
Abg. Schmidt fragt schließlich, was den Landtag daran hindere, durch eine Änderung der Geschäftsordnung den Schüler*innen noch mehr Wertschätzung zu zeigen.
Deshalb werde ihre Fraktion dem Ausschussantrag auf Ablehnung nicht zustimmen.
(**Video, ab Minute 1:40)**

#zHNÖ stellt fest: in „Landtag aktuell“ (S.10) wird diese Tatsache genau gegenteilig dargestellt. Zitat: „Es gebe laut Schmidt **keinen Grund**, die Geschäftsordnung zu ändern“.

Abg. Michael Sommer/FP sieht zwar die Sinnhaftigkeit des NÖ Schüler*innenparlaments und zählt zahlreiche positive Fakten dazu auf. Diese Einrichtung sei absolut unterstützens-wert, was auch seitens des Landes NÖ passiere. Er als Jugend-und Bildungssprecher seiner Partei sehe Maßnahmen für die verstärkte Unterstützung prinzipiell positiv, wenn sie unter den richtigen Rahmenbedingungen erfolgen. Die im Antrag geforderte Änderung der Landesgeschäftsordnung seien die falschen Rahmenbedingungen. Auf Grund des fehlenden Mehrwerts lehnt seine Fraktion den Antrag ab.

In emotionalem Ton verteidigt ***Abg. Heinreichsberger/VP*** den Standpunkt seiner Partei und zählt Vorgänger-Formate des Schüler*innenparlaments ab 1999 auf. Schon seit damals werde genau hingehört, was die Jugendlichen denken und wie man in NÖ aktiv Politik mitgestalten könne. Und seit damals gebe es die „*immerwährende Unterstützung*“ der LT-Direktion, des Landtags und des Landes NÖ. Die Landesregierung wurde 2022 nach einem LT-Beschluss ersucht, gemeinsam mit der Bildungsdirektion die NÖ Schüler-vertretung einzuweisen, für Unterstützung zu sorgen und dies wurde auch in regelmäßigen Kontakten, Briefings und Instruktionen realisiert, die vom Abgeordneten alle aufgezählt werden.
Im Vorjahr gab es eine ausführliche Instruktion der LT-Direktion an die Landesschüler*innenvertretung für niederschwellige Eingaben an den NÖ Landtag. Mitreden sei in NÖ so einfach wie nirgendwo, meinte Abg. Heinreichsberger.
Dies wurde den Schülervertreter*innen bereits mehrmals nähergebracht, doch es gab bisher keine einzige Eingabe. Die jahrzehntelange gute Zusammenarbeit sei für seine Partei selbstverständlich. Auf Grund der jahrzehntelangen guten Zusammenarbeit hielte es die VP nicht für notwendig, das Schüler*innenparlament in der Landesgeschäfts- ordnung zu verankern.

Abg. Hofer-Gruber/NEOS, der von seinem Abg. Heinrichsberger explizit angesprochen wurde, meint ein wenig polemisch, dieser hätte bewiesen, dass die

jungen Leute auf das reelle politische Leben eines Oppositionspolitikers vorbereitet würden:

(Zitat)*"Ihr könnt's beschließen was wollt's, ihr könnt's Anträge stellen, was wollt's, es wird keine Wirkung entfalten"* (Zitat Ende). Das sei die Realität.

Internetseite: Schüler:innenparlamente - sip - LSV Niederösterreich (lsv-noe.at)
Neuer NÖ Geschäftsordnungsentwurf der Grünen: 0232_Gesetzesentwurf.pdf (noe-landtag.gv.at)

Gehört gehört:

die Kommentare von Abg. Helmut Hofer-Gruber zu den beiden Anfragebeantwortungen und zur parlamentarischen Demokratie in Niederösterreich. Sehr hörenswert!

- **TO-Punkt 15: Debatte über die Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Mag. Hofer-Gruber an Landesrat Mag. Dr. Luisser betreffend Inserate der Landesregierung**
- **TO-Punkt 16: Debatte über die Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Mag. Collini an Landeshauptfrau Mag. Mikl-Leitner betreffend Beauftragung von Umfrageinstituten**

Wir von #zusammenHaltNÖ stellen fest: in Artikel 32 der NÖ Landesverfassung ist das Fragerecht des „Landtages und der Abgeordneten" geregelt. Daher haben nicht nur die LT-Abgeordneten das Recht auf eine korrekte Antwort, sondern auch die NÖ Landesbürger*innen, die von ihnen vertreten werden. Alles andere ist eine Verhöhnung des Elektorats. (https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrNO&Gesetzesnummer=20000038).

Quellen:
Notizen von #zHNÖ-Beobachter*innen, Bericht der NÖ Landeskorrespondenz „Landtag aktuell", Videobeiträge der LT-Sitzung, NÖ LGO 2001, NÖ Landesverfassung, finanz.at, lsv-noe.at

Gesamtvideo der NÖ Landtagssitzung
https://noe-landtag.gv.at/sitzungen/XX/2024-01-25

Zusammenfassung der NÖ Landeskorrespondenz zum Nachlesen
https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/sitzungen/20.GP/2024-01-25/LANDTAG20240125.pdf

Nächste Landtagssitzung: Do., 22.02.2023, 13.00 Uhr

Weitere #zusammenHaltNÖ-LT-Beobachter*innen sind herzlich willkommen!
Bitte um Kontaktaufnahme unter unserer Mail-Adresse: kontakt@zusammenhaltnoe.at